

Dr. Johannes Hahn
EU-Kommissar für Regionalpolitik
Brüssel

Herr Premierminister,
Herr Landeshauptmann,
meine Damen und Herren.

Vielen Dank für die Einladung, heuer wieder bei Ihnen zu sein und einige Gedanken zum Thema Europa auszutauschen zu können.

Zunächst möchte ich Herrn Herz-Kestranek wirklich ausdrücklich für seine Ausführungen danken. Es war eine Art Manifest, ein Aufruf. Ich habe das eigentlich verstanden, nicht nur wie man in Europa agieren soll, sondern was eigentlich der gesellschaftliche Auftrag ist für Menschen, die im öffentlichen Leben stehen, nicht nur Politikerinnen und Politiker, nämlich mit Leidenschaft, mit Engagement tätig zu sein. Ich glaube, Sie haben das auch mit Augenmaß getan, wenn Sie eingefordert haben, Visionen zu haben aber gleichzeitig auch klar gemacht haben, es gibt nicht das eine große Thema, sondern viele Fragen unsere Gesellschaft, Europa, Österreich, Niederösterreich weiter zu entwickeln, auch an vielen verschiedenen Rädchen zu drehen und das mit Herz und Leidenschaft, aber auch mit Hirn. Beide Dinge sind sozusagen unabdingbar miteinander verbunden.

Es ist schon mehrfach die Donaunraumstrategie angesprochen worden. Die Donaunraumstrategie, Herr Landeshauptmann, du hast mit Recht gesagt, ist eine Initiative Österreichs, des damaligen und heutigen Außenministers Spindelegger und des damaligen Außenministers von Rumänien, und war am Beginn eine sehr emotionale Entscheidung. Sie war getragen von dem Gefühl, da gibt es die Donau, die Donau ist sozusagen der Fluss schlechthin, der Europa vom Westen nach Osten durchkreuzt, denn die meisten Flüsse gehen in Nord-Süd- oder Süd-Nord-Richtung, und die Donau durchquert den Kontinent.

Es war von vornherein klar, dass die Donaunraumstrategie nicht nur jene Länder umfassen soll, die direkt an die Donau angrenzen, sondern auch jene Länder, die durch ihre Nebenflüsse ganz wesentlich auf den Donaunraum einwirken, und

deswegen umfasst die Donaunraumstrategie statt der zehn Anrainerländer insgesamt 14 Länder.

Ich bin gelegentlich darauf aufmerksam gemacht worden, dass eigentlich auch die Schweiz dazugehören würde, weil ja der Inn in der Schweiz entsteht, aber ich war immer der Meinung, dass ist also doch eine etwas zu ausufernde Sichtweise des Donaunraums. Aber die 14 sind eben darin begründet, dass die Nebenflüsse hier eine wesentliche Rolle spielen.

Warum die Nebenflüsse? Damit kommen wir einem Thema, das uns die letzten Tage und Wochen beschäftigt hat, das Hochwasser. Mit Risiken umzugehen, sich damit zu beschäftigen, nachhaltige Beiträge zu liefern, heißt eben auch, die Situation an den Nebenflüssen mit zu berücksichtigen, denn das hat erhebliche Auswirkungen auf die Situation der Donau selbst, und deswegen – wie gesagt – die 14.

Es ist schon angesprochen worden, wir haben seit 2011 die Strategie und einer der elf Schwerpunkte dieser Strategie, ist die Auseinandersetzung mit der Risikoprävention, und das umfasst ziemlich ausschließlich die Wasserdimension.

Da ist schon einiges weitergegangen, denn es gilt hier, gemeinsame Standards zu entwickeln, etwa in der Frage einer gemeinsamen Methodologie, die festlegt, wann etwas als Risiko klassifiziert wird. Es kann ja nicht sein, dass in der einen Region sozusagen schon Vorwarnstufe „rot“ gegeben wird, und die anderen sagen, wir sind bei „grün“, und in Summe stehen wir vielleicht bei „gelb“. Man braucht hier gewisse einheitliche Standards.

Diese Entwicklung antizipierend stehen in den Ländern der Donaunraumstrategie über zwei Milliarden Euro für Risikoprävention zur Verfügung, und davon sind über 70 % schon konkreten Projekten zugeordnet. Ich hoffe, dass viele dieser Projekte auch wirklich realisiert und umgesetzt werden. Denn wir sehen das ja etwa in Deutschland, wo es Kritik gegeben hat, dass manche Hochwasserschutzmaßnahmen nicht umgesetzt wurden nach der großen Flut 2002. Aber dann hat sich herausgestellt, dass viele der Maßnahmen fixfertig und ausfinanziert sind, aber durch Bürgereinsprüche eben nicht umgesetzt worden.

Es ist nicht nur dieser Bereich, es ist auch die Frage der Kompetenzlage: Wir hatten 2010 in Nordeuropa, insbesondere in Polen, sehr umfangreiche Überflutungen innerhalb weniger Wochen zweimal, und da hat sich herausgestellt, Vieles im Bereich des Hochwasserschutzes ist nicht passiert, weil es unklare Kompetenzzuständigkeiten gegeben hat. Was Du angesprochen hast, Herr Landeshauptmann, ist – wie meistens – goldrichtig: Wir müssen die richtige Balance finden zwischen dem, was auf lokaler, regionaler Ebene zu entscheiden ist, was im Sinne der Subsidiarität, und keine Auswirkungen auf andere Bereiche hat, und den Bereichen, etwa im Bereich des Hochwasserschutzes, wo wir die europäische Koordination, Abstimmung und schlussendlich Entscheidungen brauchen. Denn es kann nicht sein, dass flussaufwärts Maßnahmen getroffen werden, die flussabwärts negative Effekte haben.

Hier gilt es die richtige Balance zu finden, und dann werden wir auch Vieles von dem umsetzen können, was in der Pipeline ist, was wir uns vorgenommen haben. Und ich sage an die Adresse Niederösterreichs: Ihr habt dieses Hochwasser bei allen Problemen, bravourös gemeistert, weil eben auch Lehren gezogen wurden, und schnell Lehren gezogen wurden. Ich bitte euch, dass ihr diese Erfahrungen auch in die Donaunraumstrategie einbringt, denn auch hier ist das Thema „Aufholprozess“ nach wie vor ein aktuelles.

Wir haben mit der Donaunraumstrategie ein herrliches Beispiel, dass es viele Bereiche gibt, wo eben Hirn aber auch Engagement gefragt sind, wenn es darum geht, wie sich Europa weiterentwickelt. Ich halte nichts von dieser Finalitätsdiskussion wie Europa in fünf, zehn oder zwanzig Jahren ausschauen soll. Das ist "work in progress" - wir wissen nicht hundertprozentig, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden. Was wir wissen, ist, dass wir eine verbesserte Zusammenarbeit in vielen Bereichen brauchen - auch das hast Du Herr Landeshauptmann aus meiner Warte richtig angesprochen. , Es wird notwendig sein, dass wir im Außenauftritt einheitlicher agieren. Es ist für mich eine Vision, wenn Sie so wollen, ist, dass in fünf oder zehn Jahren, es gar keine Debatte mehr darüber gibt, dass eben Europa verhandelt, und dass diese unsäglichen Versuche mancher, vorzugsweise der größeren Mitgliedsländer, zu glauben, mit bilateralen Aktivitäten ihr Heil zu finden, der Vergangenheit angehören. Vergessen wir nicht, Europa hat nur mehr 7 % der Weltbevölkerung, über 20 % der Weltwirtschaftsleistung, aber – und das sage ich schon mit einem

gewissen Stolz und nicht mit Kritik – 50 % der globalen Sozialleistungen. Das zeigt, welchen Standard wir uns erarbeitet haben. Manches von dem mag diskussionswürdig sein, Vieles ist gut, richtig und dient jedem Einzelnen. Die gemeinsame Aufgabe wird es sein, dieses Niveau immer wieder adaptierend in die Zukunft weiterzutragen, und dazu bedarf es eines starken, einheitlichen Europas.

Schon vor über 50 Jahren hat einer unserer Gründungsväter, der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak, festgehalten: Alle Länder Europas sind klein, nur manche wissen es noch nicht. An dieser Feststellung hat sich bis heute nichts geändert.

Also, wenn Europa die PS auf den Boden bringen will, die es zweifellos hat, dann bedarf es zweifellos eines stärkeren Zusammenwirkens, dann bedarf es etwa auch, was unser Außenminister Spindelegger immer wieder einfordert, eines stärkeren Trends zu Mehrheitsentscheidungen.

In einem Europa der 28, und wir stehen ja da noch nicht am Ende, sagen wir also, grosso modo, 30 oder vielleicht etwas mehr, werden wir die Dinge nur weiterbringen, wenn wir - mit Ausnahme von Vertragsänderungen - zu Mehrheitsentscheidungen kommen, mit dem Ziel, dass wir a) überhaupt zu Entscheidungen kommen und dass wir b) zu diesen Entscheidungen in einer angemessenen Zeit kommen; denn ansonsten werden wir von anderen überholt.

Ich glaube auch, dass es in diesem Zusammenhang notwendig ist, darüber nachzudenken, ob das gegenwärtige System der rotierenden Präsidentschaft noch zeitgemäß ist. Es war ein angemessenes Modell zum Zeitpunkt der Gründung mit sechs Mitgliedsländern - jetzt haben wir 28. Das heißt, jedes Land kommt alle 14 Jahre dran, und selbst in der Spitzenbeamtenschaft ist dann das Wissen von der letzten Präsidentschaft nicht mehr da. Und bei allem Respekt: kleine Länder mit einer auf ihren Bedarf zugeschnittenen Administration stehen dann vor dem Stress, ein halbes Jahr, ohne eine entsprechende Erfahrung hier plötzlich Europa leiten zu müssen.

Ich denke, dass die Erfahrungen, die wir gemacht haben - und ich hoffe, Herr Premierminister Du kannst es bestätigen - um die Beschlussfassung über den mehrjährigen Finanzrahmen unter Federführung von Herman Van Rompuy zu

erreichen, ein Beweis sind, dass, wenn jemand das mit einem europäischen Verständnis hauptamtlich macht, , die Dinge schneller und nachhaltiger zustande kommen.

Damit will ich aber nicht sagen, dass ich das Rotationsprinzip grundsätzlich abschaffen möchte, ganz im Gegenteil: Ich finde es sinnvoll, dass alle halben Jahre ein anderes Mitgliedsland die Schwerpunkte der europäischen Agenda festlegen kann. Dadurch ergibt sich über die Jahre eine gute Verteilung von Interessenslagen: Als Portugal den Vorsitz hatte, war Afrika ein Thema, bei Spanien Lateinamerika, Litauen, das demnächst die Präsidentschaft übernimmt, wird auf die östliche Nachbarschaft und den Ostseeraum ein Schwerpunkt legen. Über die Jahre gesehen ergibt sich hier eine gute Mischung. Auch der Umstand, dass Sitzungen in den jeweiligen Vorsitzländern stattfinden, ist ein Beitrag, dass man sich besser kennenlernt.

Das ist übrigens ein wesentliches Thema, wo ich auch die Zukunft und das Leistungspotenzial Europas sehe, dass aus Nachbarn Freunde werden. Denn machen wir uns nichts vor: in vielen Ländern Europas – gerade zwischen Nachbarn – herrschen oft immer noch Animositäten.

Ich komme gerade von der Eröffnung der mittlerweile berühmten Brücke zwischen Calafat und Vidin, zwischen Rumänien und Bulgarien, ~~d.~~ Das ist die zweite Brücke zwischen zwei Ländern, die sich die Donau auf einem Abschnitt von über 500 km teilen und wo es bis dato nur eine Brücke gegeben hat.

Ehrlich gesagt, hätte es die Europäische Union nicht gegeben, und da rede ich nicht von der finanziellen Beteiligung, da rede ich von anderen Arten des Engagements, der Leidenschaft, der Nachhaltigkeit, dann würden mit heutigem Tag nicht Menschen in Autos über diese Brücke fahren können. Es wird zwei der ärmsten Regionen zusammenführen, und ich bin überzeugt, in wenigen Jahren wird man die positiven Effekte sehen. Und dass das etwas ist, was die Menschen vor Ort sehnsüchtig gesucht haben, wird klar, wenn ich Ihnen sage, dass bei der gestrigen Eröffnung, ich glaube, vierzig oder fünfzig Kamerateams und ich weiß nicht wie viele Journalisten anwesend waren – bei der Eröffnung einer Brücke!

Wir haben auch vor wenigen Monaten in Niederösterreich eine Brücke über die

March eröffnet, die auch wieder zwei Regionen zusammenführt. Vor zwei Jahren durfte ich eine Brücke in Londonderry in Nordirland mit eröffnen, die zwei Bezirke – einen protestantischen und einen katholischen – zusammengeführt hat - seitdem sind über eine Million Menschen über diese Brücke gegangen.

Brücken sind das sichtbarste Zeichen dessen, was Europa ausmacht; Brücken schlagen, die Möglichkeit zu geben, über Brücken zu gehen, sich kennenzulernen, sich besser kennenzulernen, einander zu verstehen und an einem gemeinsamen Strang zu ziehen.

Das werden wir auch bei der Hochwasserbekämpfung machen, Europa steht bereit. Ich möchte aber an dieser Stelle auch sagen, dass immer dann, wenn wo eine Katastrophe eintritt, die betroffenen Länder sehr interessiert sind, Hilfe zu bekommen; in dem Moment, wo das Teil der Vergangenheit ist, lässt dieses Engagement dramatisch nach. Ich sage das deshalb, weil im Zuge der laufenden Budgetverhandlungen von Mitgliedsstaaten der Vorschlag gemacht wurde, genau diesen Katastrophenfonds zu halbieren. Dazu muss man wissen: Der Fonds ist einer, der außerhalb des Budgets gesteuert wird, und wo jeweils bei Anforderung von Unterstützung extra ein Beschluss des Europäischen Parlament aber auch der Mitgliedstaaten zu fassen ist. Das ist auch Teil des Umstandes, dass sich Auszahlungen verzögern. Deshalb erhebe und erneuere ich an dieser Stelle meinen Vorschlag einen Fonds schaffen, der auch tatsächlich ein Fonds ist, der mit einer Milliarde Euro gespeist ist, und wo die Mitgliedsländer nur dann eine Nachschusspflicht haben, wenn dieser Fonds nicht mehr über diese eine Milliarde Euro verfügt.

Seit Bestehen dieses Fonds, der übrigens infolge des letzten Jahrhunderthochwassers auf Initiative von Wolfgang Schäussel geschaffen wurde, wurde diese eine Milliarde pro Jahr noch nie ausgeschöpft. Wenn wir jetzt wie von Mitgliedstaaten vorgeschlagen ein Limit von 500 Millionen einziehen, dann könnten all die Schäden, die dieses Jahr in Deutschland, Österreich, Tschechien, vermutlich Slowakei und Ungarn, entstanden sind, wohl nicht bedient werden.

Mein Appell ist: Solidarität heißt, dass man auch über den Tag hinaus denkt, an jene Zeiten denkt, wo man sie gebraucht hat, und dann tatsächlich auch

solidarisch ist! Denn das ist auch Europa: daran zu denken, was in der Zukunft sich ereignen könnte und nicht allzu sehr im Augenblick leben.

Angesichts des heurigen Titels „Jenseits der Krise“, möchte ich abschließend schon die Gelegenheit nützen, Dir, Herr Premierminister, dazu zu gratulieren, dass Lettland Anfang nächsten Jahres – es ist ein Zufall, dass es die 18. Göttweiger Europatage sind – 18. Euro-Mitglied wird. Leider wird das in Europa momentan wenig thematisiert, aber ist etwas sehr Erfreuliches und zeigt die ungebrochene Strahlkraft des Euro. Ich weiß aber, dass auch in Lettland die Zustimmung keine einheitliche ist. Gerade das zeigt es Verantwortungsgefühl und die Überzeugung eines Regierenden, wenn er der Meinung ist, das ist die richtige Entscheidung für mein Land und da muss ich auch den einen oder anderen Widerstand überwinden.

Diese Haltung ist aber auch schon von Deinen Wählerinnen und Wählern honoriert worden, denn Premierminister Dombrovskis hat sehr einschneidende Maßnahmen getätigt, um die Wirtschaftskrise anzusprechen und zu überwinden. Die Ergebnisse geben ihm in mehrfacher Hinsicht recht, angefangen von den Wirtschaftsdaten, bis hin zum Faktum, dass er zu den wenigen Regierungschefs in den neuen Mitgliedsstaaten zählt, die wiedergewählt worden sind.

| Sie sehen: Entscheidungen, nicht immer einfache Entscheidungen aber notwendig Entscheidungen, werden, wenn sie richtig kommuniziert werden, von den Wählerinnen und Wählern in ganz Europa verstanden. Meine Vision von einem Europa und einer Weiterentwicklung Europas scheint nicht sehr anspruchsvoll zu sein, aber in der Substanz ist es: Sie besteht simpel darin – ein Zusammenleben in Freundschaft, in gegenseitigem Respekt und wenn es notwendig ist, in der notwendigen Solidarität.

Vielen Dank!